



Sozialplanung, Sozialberichterstattung

Hausadresse:
Eberhardstraße 33, 70173 Stuttgart

Postadresse:
70161 Stuttgart

Bearbeiter: Jan Peter
Telefon: 0711 216-59152
Zimmer: 323, 3. OG
Fax: 0711 216-59156
E-Mail: jan.peter@stuttgart.de

Stuttgart, 31. März 2015

Stuttgarter Fokus-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK Arbeitsgruppe 4 „Die Stellung von Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft“ – 3. Sitzung am 16. März 2015 Protokoll

1. Ablauf, Allgemeines und Protokoll der letzten Sitzung

Wolfgang Klenk (Breuninger Stiftung) begrüßt die Anwesenden und stellt den Ablauf der Sitzung vor. Ziel des Treffens ist zunächst eine Darstellung und Diskussion der Struktur des Abschlussberichts sowie des Inhaltes seiner Präambel. Danach werden die bisherigen Ergebnisse der Arbeitsgruppe weiter konkretisiert und Forderungen für den Abschlussbericht formuliert.

Aufgrund fehlender Nachfrage werden künftig nicht mehr bei jedem Treffen Gebärdensprachdolmetscher anwesend sein. Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die eine solche Dienstleistung benötigen, werden gebeten diesen Bedarf rechtzeitig vor der Sitzung per E-Mail (an simone.fischer@stuttgart.de oder jan.peter@stuttgart.de) anzumelden. Alle Beteiligten des Prozesses werden noch einmal gesondert in einer E-Mail über diese Änderung informiert.

Zur Erstellung des Stuttgarter Fokus-Aktionsplans wird es einen Dokumentarfilm geben, die Dreharbeiten erfolgen in den kommenden Wochen in den Arbeitsgruppen. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden darüber informiert. Wer nicht im Bild sein möchte, bzw. Wert darauf legt, dass er nicht im Film auftaucht, hat dann die Gelegenheit, dies dem Filmteam zu sagen. Diesem Wunsch wird selbstverständlich Folge geleistet.

Zum Protokoll der letzten Sitzung gibt es eine Ergänzung. Das Themenfeld, das die Unterarbeitsgruppe 3 in der letzten Sitzung bearbeitet hat, soll künftig mit dem Titel „Rechtsberatung und –Durchsetzung, persönliches Budget“ bezeichnet werden. Das Protokoll wird mit dieser Änderung verabschiedet und auf stuttgart-inklusiv.de veröffentlicht.

2. Struktur des Abschlussberichts und Inhalt der Präambel

Wolfgang Klenk stellt die die Inhalte der Präambel des Abschlussberichts vor. Die Gruppe diskutiert diese und einigt sich auf folgende Ergänzungen (**blau markiert**, Ergänzungen anderer Gruppen sind **Kursiv gedruckt**).

Was die Präambel soll ...

(Allgemeine Grundsätze, die bei der Umsetzung aller Empfehlungen beachtet werden sollen)

- Teilhabe an der Gemeinschaft
→ *besser: Dabeisein und Dazugehören*
- Wo findet Exklusion statt?
→ *besser: Wo gehöre ich dazu? Wo will man mich nicht?*
→ *Aktive Sozialplanung der Stadt Stuttgart im inklusiven Sinn*
- Kultursensibilität
- Lebenssituation von Männern und Frauen berücksichtigen
- Betroffenen-Sichtweise stärken – Institutionelle Sichtweise reduzieren
→ *dem Wunsch und Willen der Betroffenen eine höhere Wertigkeit geben*
- *Jedem Menschen sein Selbstbestimmungsrecht anerkennen*
- *Jedem Menschen helfen seinen eigenen Willen zu entwickeln und einzubringen und gemeinsam nach Lösungen suchen → alle Menschen befähigen ihre eigenen Wünsche und Bedürfnisse zu entwickeln und zum Ausdruck zu bringen und die nötige Unterstützung zur Verwirklichung einzufordern*
- „Stärkung des Selbstbestimmungsrechts der Betroffenen“
- Vielfalt als Reichtum → *Bereicherung* anerkennen
- Die Stadt soll sich als Vorbild verstehen? → !
→ *Die Stadt und ihre Beteiligungsunternehmen sollen vorbildlich handeln*

Darüber hinaus ist es der Arbeitsgruppe wichtig, dass der Begriff „Maßnahme“ in der Darstellung der Ergebnisse vorkommt und der Abschlussbericht auch als Maßnahmenkatalog verstanden wird.

3. Forderungen der Arbeitsgruppe

Wolfgang Klenk stellt die bisher erarbeiteten Themenblöcke vor. Die Arbeitsgruppe diskutiert die behandelten Vorschläge und einigt sich auf folgende Ergänzungen und Änderungen (**blau markiert**)

a.) Öffentlichkeitsarbeit und Kampagne

Es soll eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit / Kampagne zur Information und Sensibilisierung der Stadtgesellschaft geben, die zusammen mit Betroffenen und engagierten Bürgern erarbeitet wird.

Diese soll sich auch an spezielle Zielgruppen richten: hier auflisten! siehe unten: Kleinkinder, Dienstleistung, Handel und Gewerbe (IHK, HWK), Personalvertretungen, Träger, Mitarbeiter/-innen

Für die Öffentlichkeitsarbeit/Kampagne wurden folgende Eckpunkte erarbeitet:

- Definition des Begriffs Inklusion bei der LHS und Klarstellungen
- Öffentlichkeitskampagne: Menschen mit Behinderung mit Blick auf die Vielfalt und Bereicherungen
- Spezielle Kampagne für inklusive Angebote (beginnend im Kleinkindalter)
- Mehr Menschen mit wesentlicher Behinderung sichtbar bei der LHS beschäftigen
- Preise für inklusive Projekte (mit Festival feiern und ausloben)
- Sensibilisierung von Dienstleistung, Handel und Gewerbe (IHK, HWK)
- Barrierefreier Internetauftritt der LHS in allen Bereichen entwickeln unter Partizipation der Betroffenen
- Medien sensibilisieren
- Personalvertretungen sensibilisieren
- Unsicherheit innerhalb der Bevölkerung abbauen („was kann ich alles falsch machen“)
- „netiquette“
- Umgang mit psychisch kranken Menschen
- Träger sensibilisieren und fachlich weiterentwickeln
- Mitarbeiter/-innen schulen durch betroffene Experten
- Selbsthilfegruppen einbeziehen
- Träger einbeziehen
- Selbsthilfeangebote veröffentlichen
- Wohnraumnahe Begegnungen für Menschen mit und ohne Behinderung schaffen

b.) Partizipation

- *Der Gemeinderat soll einen Beirat oder Ausschuss für Inklusion in Anlehnung an das Heidelberger Modell bilden. Die Rechte und Pflichten sind in einer Satzung zu regeln. Betroffene müssen angemessen beteiligt werden.*
- *Der Beirat schlägt dem Gemeinderat den/die Beauftragte für die Belange für Menschen mit Behinderung der LHS vor.*
- Bis zur Bildung eines entsprechenden Beirats: Anhörungsrecht eines Mitglieds aus dem Beirat Inklusion im SGA und bei anderen Ausschüssen mit behindertenrelevanten Themen
- Rahmenbedingungen für politische Teilhabe fördern: Assistenten, Gebärdensprache, Fahrgeld, Fahrer
- Auf „www.stuttgart.de“ Angebote zur Partizipation für Menschen mit Behinderung einrichten und bündeln (Infos in leichter Sprache, Kurse, Veranstaltungen, Peergroups,...)
- Empowerment fördern durch politische Bildung für Menschen mit Behinderung (z.B. durch vhs, frEE Akademie)
- Peergroups fördern und *in der Bürgergesellschaft vorhandene* Kompetenzen abrufen und nutzen
- Beteiligung von Menschen mit Behinderung in Einrichtungen und Diensten fördern
- Vereine für Teilhabe von Menschen mit Behinderung gewinnen, unterstützen und fördern
- BE barrierefrei *gestalten*
- Betroffene in Evaluation und Fortschreibung des Aktionsplans stärker einbeziehen

c.) Rechtsberatung und –Durchsetzung, persönliches Budget

- Evaluation *der bestehenden Angebote (Verweis auf Fußnote!) durch Betroffene und Umsetzung der sich daraus ergebenden Forderungen*
- Erhöhung *Informations- und Beratungskapazitäten (unabhängig von der Evaluation)*
- Sozialwegweiser/Lotsen
- Qualifizierung/Sensibilisierung (durch betroffene Experten)
- Modularisierung von Leistungen
- Beratung zur Nutzung des Persönlichen Budgets → selber Vertragspartner werden

Fußnote:

Bestehende Angebote:

- Gemeinsame Servicestellen
- Pflegestützpunkte
- Gesundheitsamt/Sozialdienst
- Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderung
- Beschwerdewesen nach *PsychKHG: Informations-, Beratungs- und Beschwerdestellen mit Patientenfürsprechern*
- Zentrum selbstbestimmt Leben
- GPZ/SPZ
- Offene Herberge
- Etc.

4. Freigabe des Protokolls dieser Sitzung und Abschlussveranstaltung

Da es sich um das letzte Treffen der Arbeitsgruppe handelt, wird das Protokoll per E-Mail an alle Teilnehmer verschickt und um Freigabe gebeten. Anschließend wird es auf stuttgart-inklusive.de veröffentlicht.

Die Abschlussveranstaltung des Aktionsplans findet am 19. Mai 2015 von 10:00 Uhr bis 13:00 Uhr im Stuttgarter Rathaus, Großer Sitzungssaal, 3. OG statt. Dort werden die Ergebnisse aller Arbeitsgruppen präsentiert und übergeben. Anschließend werden die Ergebnisse in den gemeinderätlichen Fachausschüssen vorgestellt und beraten.

Verantwortlich für das Protokoll: Jan Peter